**Kurzprotokoll**

Landkreis Esslingen

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

2. Dezember 2020

Kurzprotokoll über die Sitzung
des Sozialausschusses
vom 26.11.2020

**Anlage**

**- Öffentlich -**

**1. Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz im Landkreis Esslingen - Fraktionsübergreifender Antrag der SPD und DIE LINKE Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung vom 7. November 2019 (Vorlage 142a/2019)**

Der Sozialausschuss fasst folgende Beschlüsse:
(20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird beauftragt,

1.1 einen Planungs- und Beteiligungsprozess zur Demokratieförderung im Landkreis Esslingen anzulegen.

1.2 sich für das Bundesprogramm „Demokratie Leben“ zu bewerben.

1.3 die Anregungen der Fraktion Freie Wähler mit Antrag vom 24.11.2020 in die Planungen einzubinden.

**2. Antidiskriminierungsarbeit Esslingen - Vorstellung der Beratungsstelle Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Diskriminierung erkennen und entgegentreten vom 7. November 2019 (Vorlage 142a/2019)**

Der Sozialausschuss nimmt die Vorstellung der Beratungsstelle durch deren Leiterin, Frau Conradi, sowie die Vorlage 2020/157 zur Kenntnis.

**3. Integrationsplan - Umsetzung der Maßnahmen 2021**

Der Sozialausschuss fasst folgende Beschlüsse:

3.1 Die freiwillige Rückkehrberatung des Landkreises wird bis auf Weiteres fortgeführt (einstimmig).

3.2 Der Landkreis beteiligt sich am Landesprogramm des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg „VwV Deutsch“ für die Jahre 2021 und 2022 (einstimmig).

3.3 Die Förderung der Psychologischen Beratung für belastete Menschen mit Fluchterfahrung, insbesondere Traumatisierung wird wie folgt fortgeführt:
- Die drei Psychologischen Beratungsstellen (PBS) der freien Träger Kreisdiakonieverband und Caritas im Landkreis Esslingen erhalten jährlich, befristet bis zum 31.12.2022, einen pauschalen Personalkostenzuschuss je Beratungsstelle in Höhe von 20.000 €, jährlich somit 60.000 € (einstimmig).

3.4 Der Antrag der Fraktion Grüne (vergleiche Ziffer 6.2.5), dass „refugio Stuttgart e. V.“ für das Jahr 2021 20.000 € erhalten soll, wird abgelehnt (9 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen).

**4. Haushaltsdebatte 2021 JHA**
**- Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung**

**4.1 Antrag Fraktion GRÜNE**

**4.1.1 Kinder- und Jugendarbeit auch unter Pandemiebedingungen ermöglichen**

Wir beantragen,
1. auf Grund des dynamischen Pandemiegeschehens die Einstellung von 15.000 € in den Haushalt 2021 als ergänzendes Budget für Projekte bzw. Maßnahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit dem Ziel, auch in der kalten Jahreszeit Orte (auch außerhalb geschlossener Räume) zu schaffen und zu erhalten, an denen sich Begegnung und Gesundheitsschutz vereinbaren lassen;
2. einen Bericht über digitale Ausstattung und entsprechende sozialpädagogische Angebote in der Jugendhilfe und offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie die Feststellung der Bedarfe in diesem Bereich – mit besonderem Blick auf die kleineren Anbieter dieser Angebote.

Dieser Antrag wird aufgrund der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses abgelehnt.

**4.1.2 Teilhabe durch gleiche Chancen - Inklusive Ferienbetreuung voranbringen**

Wir beantragen
1. Finanzielle Mittel in Höhe von € 10.000,- für die Betreuung des Assistenzpools des Kreisjugendringes für die inklusiven Ferienbetreuungen dauerhaft einzustellen, zumindest jedoch die Mittel für das Jahr 2021, da die freie Finanzierungsmöglichkeit dieses Jahr ausläuft;
2. Finanzielle Mittel in Höhe von € 7.000,- für den Verein "Villa e.V." für dessen spezialisierten Assistenzpool für das Jahr 2021, um das dringend benötigte inklusive Ferienangebot des Vereins für Kinder aus dem Landkreis niederschwellig zu halten und dem Träger eine verlässliche und gesicherte Planung zu ermöglichen.

3. die Vereinfachung der Antragstellung und der Antragsformulare für die Assistenzförderung im Bereich Ferienbetreuung durch die Eingliederungshilfe des Landkreises sowie eine Unterstützung der Eltern bei der Antragstellung;
4. einen Bericht zum Sachstand der 2019 gestarteten Arbeitsgruppe „(Inklusive) Ferienangebote“ unter dem Dach der Kreisarbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe.

zu 1:
Dieser Antrag wird entgegen der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses abgelehnt (9 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen).
zu 2:
Dieser Antrag wird aufgrund der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses abgelehnt.
zu 3 und 4:
Diesen Anträgen wird aufgrund der Empfehlungen des Jugendhilfeausschusses zugestimmt.

## 4.2 Antrag SPD-Fraktion

### 4.2.1 Armut sichtbar machen und wirksam bekämpfen

a) Wir beantragen die Erstellung eines Armutsberichts als Fundament für die im Folgenden beschriebenen „Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut“, dem Erkennen und Weiterentwickeln von lokalen Präventionsketten“. Der Bericht soll es ermöglichen, Sozialstrukturen von Bereichen besonders hoher Armutsgefährdung herauszufiltern. Auf die unterschiedlichen Anforderungen der Kommunen gilt es einzugehen.
b) Wir beantragen, dass sich der Landkreis aktiv beim Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut des Sozialministeriums beteiligt und eine Vernetzungsplattform einrichtet unter Einbeziehung eines breiten Spektrums aller Institutionen, die sich vor Ort gegen Kinderarmut engagieren.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/057a als erledigt betrachtet.

### 4.2.2 Heim- und Pflegekinder

Die SPD-Fraktion beantragt, dass ehemaligen Heim- und Pflegekindern in begründeten Fällen auch dann Jugendhilfe zuteilwird, wenn sie das 18. Lebensjahr erreicht haben und ohne Berufsausbildung ein Arbeitsverhältnis begründet haben.

Dieser Antrag wird durch Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/057a als erledigt betrachtet.

## 4.3 Antrag Fraktion Die Linke

### 4.3.1 Ferienbetreuung für Kinder mit Behinderung

Die Fraktion DIE LINKE beantragt die Kostenübernahme für die Assistenz für Kinder mit Behinderung bei Teilnahme an inklusiven Angeboten sowie die Ausweitung des Ferienprogramms beispielsweise bei Villa e.V., KJR und anderen auf mehr Ferienzeiten und an mehr Tagen während der Sommerferien.

Konkret beantragen wir die Unterstützung und Kostenübernahme an 12 von 14 Schulferienwochen.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung und der Beschlussfassung bei Ziffer 4.1.2 als erledigt betrachtet.

**4.4 Antrag DIE REPUBLIKANER**

**4.4.1 Kinder- und Jugendarbeit verbessern**

Die Verwaltung berichtet über die Umsetzung der Ergebnisse des Planungsprozesses Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Esslingen.
Konkret wird um Beantwortung gebeten, ob sich in den Großen Kreisstädten neben dem Kreisjugendring (KJR) andere Betreiber engagiert bzw. Interesse bekundet haben (Förderrichtlinie Nr. 2.2.3).
Ferner wird gefragt, welche Kommune das Aufgabenfeld der Kommunalen Kinder- und Jugendarbeit künftig selbst wahrnehmen oder einen freien Träger der Jugendhilfe beauftragen will bzw. dies in der Zwischenzeit schon initiiert hat.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und der Vorlage 2020/057a als erledigt betrachtet.

**5. Beratung des Haushaltplanentwurfs 2021**
**- Erläuterungen der Verwaltung**

Die Erläuterungen der Verwaltung in Vorlage 2020/120 werden zur Kenntnis genommen.

**6. Haushaltsdebatte 2021 SOA**
**- Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung**

**6.1 Anträge CDU-Fraktion**

**6.1.1 Antrag wegen Lernförderung**

In drei Sommerferienwochen führt der Landkreis für bis zu 600 Kinder, die Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) haben, eine corona-bedingte Lernförderung durch.
Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt dieses Unterstützungskonzept.
Wir beantragen, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses bzw. Sozialausschusses einen Bericht zum Ablauf und zu den Erkenntnissen gibt.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

**6.1.2 Medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderung im Landkreis Esslingen**

Die Landkreisverwaltung prüft in Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat der medius Kliniken

6.1.2.1 die Optimierung des Aufnahme- und Entlassmanagements in den Kliniken für Menschen mit einer Behinderung unter Beteiligung ihrer Angehörigen und Betreuern;
6.1.2.2 die Schaffung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit einer Behinderung (MZEB) im Landkreis, an dem auch die AOK Interesse hätte und
6.1.2.3 die Beteiligung von Selbsthilfegruppen an der Kommunalen Gesundheitskonferenz.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

**6.1.3 Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte im Landkreis**

Die CDU-Fraktion bitten um einen Folgebericht zum Thema Pflegestützpunkte. Folgende Fragen sollen darin behandelt werden:

- Wie wurde die Beratung durch die Pflegestützpunkte in 2020 ausgebaut?
- Wie sieht die geplante Weiterentwicklung für ein flächendeckendes Netz an Beratungsstellen auf der Basis von 30.000 Einwohner je Betreuungskraft aus?
- Wie weit ist die Weiterentwicklung der Infrastruktur beim Rahmenvertrag in Bezug auf Verträge, Aufgaben und Qualifizierung, die bis 30.06.2020 umgesetzt sein sollten?
- Wie weit sind die Bestrebungen bzw. die Umsetzung eines Modellprojekts zur Schaffung von ambulanten Strukturen bei der Kurzzeitpflege?
- Wie weit sind die Überlegungen an das Stützpunktnetz für eine qualifizierte und verlässliche Beratung für den altersgerechten Wohnungsumbau (auch unabhängig von einer konkreten Pflegesituation) vorangeschritten, ohne dadurch Doppelstrukturen zu schaffen?
- Gibt es für den Ausbau von Pflegestützpunkten neue Förderprogramme vom Bund bzw. Land, wenn ja wurden Anträge gestellt?

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

**6.2 Anträge Fraktion GRÜNE**

**6.2.1 Kinder- und Jugendarbeit auch unter Pandemiebedingungen ermöglichen!**

Wir beantragen,
6.2.1.1 auf Grund des dynamischen Pandemiegeschehens die Einstellung von € 15.000,- in den Haushalt 2021 als ergänzendes Budget für Projekte bzw. Maßnahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit dem Ziel, auch in der kalten Jahreszeit Orte (auch außerhalb geschlossener Räume) zu schaffen und zu erhalten, an denen sich Begegnung und Gesundheitsschutz vereinbaren lassen;
6.2.1.2 einen Bericht über digitale Ausstattung und entsprechende sozialpädagogische Angebote in der Jugendhilfe und offenen Kinder- und Jugendarbeit, sowie die Feststellung der Bedarfe in diesem Bereich – mit besonderem Blick auf die kleineren Anbieter dieser Angebote.

Dieser Antrag wird aufgrund der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses abgelehnt (vergleiche Ziffer 4.1.1).

**6.2.2 Funktionierende Schuldnerberatung gewährleisten!**

Wir beantragen einen Sachstandsbericht über die Beratungssituation und die angestiegenen Beratungszahlen in den Schuldnerberatungsstellen des Landkreises mit besonderem Blick auf die Frage, ob die vorhandenen Beratungskapazitäten weiterhin ausreichend sind.

Die Auswirkungen des Strukturwandels in der Automobil- und Maschinenbauindustrie als auch die Folgen der Corona-Pandemie haben Auswirkungen auf die Verschuldungssituation der privaten Haushalte. Betroffene berichten von langen Wartezeiten für eine Schuldnerberatung im Landkreis Esslingen. Statistisch ist ein Anstieg der verschuldeten Haushalte bundesweit zu beobachten. Insofern stellt sich die Frage, ob genügend Kapazitäten an Beratungsleistungen bei den Schuldnerberatungsstellen vorhanden sind, damit Beratungen zeitnah angeboten werden können.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

**6.2.3 Menschen mit Behinderung in der Pandemie nicht vergessen!**

Wir bitten um einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderung.

Die Corona- Krise zeigt, dass gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserem Gemeinwesen noch nicht umfassend verankert ist. Damit Menschen mit Behinderung und ihre Familien in der aktuellen gesellschaftlichen Ausnahmesituation gleichberechtigt teilhaben können, sollte bei allen staatlichen Maßnahmen auch geprüft werden, welche Auswirkungen diese auf Menschen mit Behinderung und ihre Familien haben. Ggf. muss dann gegengesteuert werden, um den spezifischen Bedarfen gerecht werden zu können. Gerade bei zukünftigen Corona-Regelungen sollte noch gezielter darauf geachtet werden, Menschen mit Behinderung und deren Familien sowie die Fachverbände zu beteiligen.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

**6.2.4 Teilhabe durch gleiche Chancen - Inklusive Ferienbetreuung voranbringen!**

Wir beantragen

6.2.4.1 Finanzielle Mittel in Höhe von € 10.000,- für die Betreuung des Assistenzpools des Kreisjugendringes für die inklusiven Ferienbetreuungen dauerhaft einzustellen, zumindest jedoch die Mittel für das Jahr 2021, da die freie Finanzierungsmöglichkeit dieses Jahr ausläuft;

6.2.4.2 Finanzielle Mittel in Höhe von € 7.000,- für den Verein "Villa e.V." für dessen spezialisierten Assistenzpool für das Jahr 2021, um das dringend benötigte

inklusive Ferienangebot des Vereins für Kinder aus dem Landkreis niederschwellig zu halten und dem Träger eine verlässliche und gesicherte Planung zu ermöglichen.

6.2.4.3 die Vereinfachung der Antragstellung und der Antragsformulare für die Assistenzförderung im Bereich Ferienbetreuung durch die Eingliederungshilfe des Landkreises sowie eine Unterstützung der Eltern bei der Antragstellung;

6.2.4.4 einen Bericht zum Sachstand der 2019 gestarteten Arbeitsgruppe „(Inklusive) Ferienangebote“ unter dem Dach der Kreisarbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe.

zu 1:
Dieser Antrag wird entgegen der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses abgelehnt (9 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen).
zu 2:
Dieser Antrag wird aufgrund der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses abgelehnt.
zu 3 und 4:
Diesen Anträgen wird aufgrund der Empfehlungen des Jugendhilfeausschusses zugestimmt.
(vergleiche Ziffer 4.1.2)

**6.2.5 „refugio stuttgart e.V.“ in das Integrationskonzept des Landkreises integrieren**

Wir beantragen, das psychosoziale Zentrum „refugio stuttgart e.v.“ im Jahr 2021 mit € 20.000,- zu unterstützen.
Mittelfristig muss das Beratungsangebot von „refugio stuttgart e.v.“ im Integrationskonzept des Landkreises fest verortet werden und eine Regelförderung gewährt werden.

„Refugio stuttgart e.V.“ bietet sprachmittlergestützte psychosoziale Beratung sowie psychologische Diagnostik und psychotherapeutische Behandlung von traumatisierten Geflüchteten, Folterüberlebenden und deren Angehörigen an. Daneben ist „refugio stuttgart e.V.“ ein unerlässlicher Akteur im psychosozialen Netz und bietet Fachberatungen für ärztliches, psychotherapeutisches und (sozial-)pädagogisches Fachpersonal in Einrichtungen an – auch im Landkreis Esslingen. Hier ist z.B. die Teilnahme von „refugio stuttgart e.v.“ am Qualitätszirkel „Psychologische Beratung psychisch belasteter Flüchtlinge“ des Landkreises Esslingen zu nennen.
Die Arbeit von „refugio stuttgart e.v.“ ist unerlässlich und notwendig und benötigt eine verlässliche Finanzierung. Nachweislich verhindern unbehandelte Traumata Integration und entwickeln sich häufig zu einem erheblichen Kostenfaktor im Gesundheitswesen. Bis auf den Landkreis Esslingen haben alle umliegenden Landkreise für 2021 Fördermittel für „refugio stuttgart e.V.“ in ihre Haushalte eingestellt.
Der Landkreis Esslingen muss hier nachziehen, zumal aus dem Landkreis Esslingen 2019 mehr als 100 KlientInnen von „refugio stuttgart e.v.“ und deren Regionalstelle in Tübingen betreut wurden, was mit 27 Prozent den höchsten Anteil aller umliegenden Landkreise darstellt.

Der Antrag wird abgelehnt (vergleiche Ziffer 3.4).

### 6.2.6 Diskriminierung erkennen und begegnen!

Wir beantragen, die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle Esslingen (ADES) mit einem Zuschuss in Höhe von € 22.000,- für das Jahr 2021 zu unterstützen und so die Kofinanzierung des Landes zu sichern und das Angebot für die Bevölkerung zu erhalten.

Zunehmende rassistische und antisemitische Übergriffe zeigen, wie dringlich das Thema Antidiskriminierungsstelle ist. Die Antidiskriminierungsstelle Esslingen arbeitet seit einigen Jahren kreisweit und in Kooperation mit den Kommunen an diesem Thema. Um das Angebot der ADES für 2021 zu sichern, braucht es die kommunale Unterstützung, da ab 2021 die ADES vom Land nur weiter finanziert wird, wenn der Landkreis und die Städte und Gemeinden bei der Finanzierung in gleichem Maße mitmachen. Jedem kommunalen Euro folgt ein Euro des Landes (bis € 40.000,-).

Dieser Antrag wird abgelehnt (6 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen).

## 6.3 Anträge SPD-Fraktion

### 6.3.1 Antrag: Betreuung von Menschen mit Behinderung und geriatrischen Patienten in Krankenhäusern

Die SPD-Fraktion sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung und geriatrischen Patienten in Krankenhäusern.

- Wir beantragen eine entsprechende weitere Qualifizierung des medizinischen Personals unserer Kreiskliniken insbesondere für den Umgang mit Menschen mit Behinderung, aber auch für den Umgang mit geriatrischen Patienten. Das betrifft das Aufnahme- und Entlassmanagement, das die speziellen Bedürfnisse berücksichtigen muss.
- Wir beantragen eine spezielle Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Patienten während ihres Klinikaufenthalts begleiten, wenn Angehörige das nicht leisten können oder vertraute Personen nicht zur Verfügung stehen. Es ist zu prüfen, ob das durch Ehrenamtliche zu leisten ist oder ob hauptamtliche Mitarbeitende dafür erforderlich sind.
- Wir fordern die Verwaltung auf, Vertreter/-innen der Menschen mit Behinderung mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen im Rahmen einer kommunalen Gesundheitskonferenz einzubeziehen.
- Wir beantragen, dass Verhandlungen mit Krankenkassen über die Einrichtung eines interdisziplinären Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit einer geistigen Behinderung geführt werden.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

### 6.3.2 Antrag: Armut sichtbar machen und wirksam bekämpfen

a) Wir beantragen die Erstellung eines Armutsberichts als Fundament für die im Folgenden beschriebenen „Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut“, dem Erkennen und Weiterentwickeln von lokalen Präventionsketten“. Der

Bericht soll es ermöglichen, Sozialstrukturen von Bereichen besonders hoher Armutsgefährdung herauszufiltern. Auf die unterschiedlichen Anforderungen der Kommunen gilt es einzugehen.

b) Wir beantragen, dass sich der Landkreis aktiv beim Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut des Sozialministeriums beteiligt und eine Vernetzungsplattform einrichtet unter Einbeziehung eines breiten Spektrums aller Institutionen, die sich vor Ort gegen Kinderarmut engagieren.

Dazu gehören explizit formulierte strategische Ziele und ein Präventionsverständnis als Rahmen für eine klare Zielvorgabe. Die daraus entstehenden Handlungsfelder sind anzugehen. Unterstützungsangebote des Ministeriums sind wahrzunehmen.

Dieser Antrag wird durch Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

## 6.4 Anträge Fraktion Die Linke

### 6.4.1 Bericht über die Beratungsarbeit von „RAHAB“ - Beratung von Menschen in der Prostitution

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, einen Bericht über die Beratungsarbeit des Projekts „Rahab“ des Kreisdiakonieverbands im Umgang mit Menschen in der Prostitution. Durch die aktuell hohe Belastung der Gesundheitsämter, soll der Bericht von der Kreisdiakonie selbst erstellt und dem zuständigen Ausschuss vorgestellt werden.

Dieser Antrag wird aufgrund eines Geschäftsordnungsantrags der Fraktion Freie Wähler auf die Sitzung am 17. Juni 2021 vertagt (17 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

### 6.4.2 Angemessene Kosten der Unterkunft (KdU) nach SGB II und SGB XII

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der SPD und die Fraktion der Linken** stellen folgenden Beschlussantrag:

6.4.2.1 Die seit 01.08.2018 im Landkreis Esslingen geltenden Mietobergrenzen werden zum Stichtag 01.08.2020 pauschal um 5 Prozent erhöht.

6.4.2.2 Die Überprüfung der Angemessenheit der KdU im Rahmen des „schlüssigen Konzeptes“ und eine daraus ggf. abgeleitete Anpassung der Mietobergrenzen im Landkreis Esslingen erfolgt spätestens zum Stichtag 01.08.2021.

Dieser Antrag wird angenommen (12 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen).

### 6.4.3 Kurzzeitpflege für Menschen mit Behinderung

Die Fraktion DIE LINKE beantragt,

6.4.3.1 eine aktuelle Übersicht über die Anzahl der momentan zu belegenden Kurzzeitpflegeplätze für Kinder und Jugendliche mit Behinderung

6.4.3.2 eine aktuelle Übersicht über die Anzahl der erwachsenen Menschen mit Behinderung im Landkreis, die eine Kurzzeit in Anspruch nehmen bzw. diese nachfragen. Gibt es Ablehnungen und warum?

6.4.3.3 Wie kann gewährleistet werden, dass bei erwachsenen Menschen mit Behinderung ihre gewohnte Tagesstruktur z.B. Werkstatt, Tagesförderstätte etc. trotz Kurzzeit nicht wegfällt?
6.4.3.4 Welche Beratungsstrukturen für ratsuchende Eltern zum Thema Kurzzeitpflege und Platzfindung werden im Amt für besondere Hilfen angeboten? ebenso möge der entsprechende Ausschuss beschließen,
6.4.3.5 einen „runden Tisch“ zum Thema Kurzzeitpflege im Landkreis einzurichten. Dieser soll unter Beteiligung der verschiedenen Träger in der Behindertenhilfe, die fehlenden Strukturen aufbauen und Rahmenvereinbarungen realisieren.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

### 6.4.4 Ferienbetreuung für Kinder mit Behinderung

Die Fraktion DIE LINKE beantragt die Kostenübernahme für die Assistenz für Kinder mit Behinderung bei Teilnahme an inklusiven Angeboten sowie die Ausweitung des Ferienprogramms beispielsweise bei Villa e.V., KJR und anderen auf mehr Ferienzeiten und an mehr Tagen während der Sommerferien. Konkret beantragen wir die Unterstützung und Kostenübernahme an 12 von 14 Schulferienwochen.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterung der Verwaltung und der Beschlussfassung bei Ziffer 6.2.4 als erledigt betrachtet.

### 6.4.5 Antidiskriminierungsstelle (ADES)

Die Fraktion die Linke beantragt: Der Kreistag möge den Antrag der Antidiskrimierungsstelle (ADES) auf einen Zuschuss von 22 000 Euro bewilligen und wir beantragen daher, dass dieser Antrag in die Beratungen eingebracht wird.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterung der Verwaltung und der Beschlussfassung bei Ziffer 6.2.6 als erledigt betrachtet.

## 6.5 Anträge DIE REPUBLIKANER

### 6.5.1 Integrationsmanagement in Corona-Zeiten

Die Verwaltung berichtet über die Tätigkeit der Integrationsmanager sowie des Sozialen Dienstes des Landkreises im Zusammenhang mit den Corona-Ausbrüchen in zahlreichen Anschlussunterbringungen von Asylbewerbern.

Konkret stellen sich folgende Fragen:
6.5.1.1 Wann erfuhr die Verwaltung von den Unterbringungsorten der dort arbeitenden Asylbewerber?
6.5.1.2 Wurden dann zeitnah die dortigen Integrationsmanager informiert?
6.5.1.3 Haben diese konstruktiv bei der Aufgabenbewältigung mitgearbeitet?
6.5.1.4 Warum mussten noch im Oktober Informationsblätter in verschiedenen Sprachen gedruckt werden? Hatten die Integrationsmanager keinen „Draht“ zu ihrem Klientel?

6.5.1.5 Haben sich örtliche Arbeitskreise Asyl aktiv eingeschaltet?
6.5.1.6 Haben sich die Asylbewerber in der Regel an die Vorgaben gehalten?

Dieser Antrag wird durch die Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

### 6.5.2 Evaluation des Integrationsplan von 2017

Die Verwaltung berichtet über die Evaluation des am 14. Dezember 2017 beschlossenen Integrationsplan für den Landkreis Esslingen.

Konkret wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

6.5.2.1 Welche Ergebnisse hat die mit der Refugio Stuttgart e.V. für die Jahre 2018 und 2019 abgeschlossene Vereinbarung für die Qualifizierung und Fachberatung der Regelsysteme im Landkreis mit jeweils jährlich 35 000 € gebracht? Wer wurde im Einzelnen beraten?

6.5.2.2 Welche Ergebnisse hat die in Zusammenarbeit mit der freien Trägern der Psychologischen Beratungsstellen sowie der Fachberatungsstellen gegen sexuelle Gewalt geplante, flächendeckende Angebotsstruktur niederschwelliger Anlauf- und Beratungsstellen für belastete Menschen mit Fluchterfahrung gezeitigt? (Planung für 2018 und 2019 jeweils 110 000 €). Wie viele Flüchtlinge wurden beraten?

6.5.2.3 Wie erfolgreich ist das vom Landkreis bezuschusste Landesprogramm „VwV Deutsch für Flüchtlinge“ für „besonders lernwillige und motivierte Personen“. Wie viele Personen wurden gefördert? Wie hoch war die Abbrecherquote? Ist eine Weiterförderung mit 130 000 € in 2021 noch erfolgversprechend?

6.5.2.4 Laufen die Projekte „Elternbegleitung“ und „Dolmetscherkonzept“ (Laufzeit jeweils bis 2020) Ende dieses Jahres aus und welche Ergebnisse gibt es?

6.5.2.5 Ist das auf zwei Jahre befristete Projekt „Integration durch Ausbildung“ und die darauf fußende Kümmerer-Stelle Ende 2019 ausgelaufen und mit welchem Ergebnis“

Dieser Antrag wird durch die Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

### 6.5.3 Pflege verbessern – „Jungsenioren helfen Altsenioren“

Der Landkreis Esslingen unterstützt ein Pilotprojekt „Jungsenioren helfen Altsenioren“. Die Jungsenioren helfen u.a. bei Einkäufen, Arztbesuchen oder Begleitung bei Vereinstreffen oder kirchlichen Veranstaltungen.
Dadurch erwerben sie sich Anwartschaften für spätere, eigene Betreuung.
Die Kommunen fungieren als seriöse Organisationsstellen, die sicherstellen, dass die heutigen Jungsenioren als spätere Altsenioren die erworbene Betreuung auch wirklich bekommen und dann nicht „alt“ aussehen.
Das Projekt ist nicht für schwere Pflegefälle und fortgeschrittene Demenzerkrankungen geeignet.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

### 6.5.4 Lage an den Pflegeheimen im Landkreis Esslingen

6.5.4.1 Wie wurde die Landesheimbauverordnung, die u.a. den Umstieg von Doppelzimmern zu Einzelzimmern (mit Ausnahmen) vorsieht, im Jahre 2020 umgesetzt.
Wie viele Pflegeheime haben deshalb oder aus anderen Gründen aufgegeben bzw. ihre Bettenzahl verringert?
Wie hat sich die Zahl der befristeten Befreiungen entwickelt?

6.5.4.2 Wie viele Personen lebten zum Stichtag 31.12.2019 stationär in Pflegeheimen und welche Anzahl bekam Leistungen zur Pflegehilfe?

6.5.4.3 Wie macht sich das im August 2019 beschlossene Angehörigen-Entlastungsgesetz hinsichtlich der Zahl der in Pflegeheimen lebenden Menschen bemerkbar?
Die Verwaltung erwartet lt. Haushaltsplan einerseits stark verringerte Unterhaltszahlungen und andererseits eine stärkere Unterbringung in Pflegeheimen.
Gibt es dafür schon belastbare Daten?

6.5.4.4 Die Verwaltung regt an, dass die MDK- Prüfergebnisse relativ aktuell den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zwecks Heimsuche zur Verfügung gestellt werden?

Dieser Antrag wird durch die Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 2020/077a als erledigt betrachtet.

## 7. Inklusionskonzept für junge Menschen im Landkreis Esslingen – Schwerpunkt inklusiver Übergang "Schule – berufliche Bildung – Beruf"

Der Sozialausschuss nimmt aufgrund der Empfehlungen des Jugendhilfeausschusses folgendes zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

7.1 Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Entwurf des Inklusionskonzeptes mit dem Schwerpunkt inklusiver Übergang „Schule – berufliche Bildung – Beruf“ mit aktiver Beteiligung der betroffenen jungen Menschen konkretisiert wird.

7.2 Das auf der Basis von MIMAMO (Mit-Mach-Momente) weiterentwickelte Konzept MIMAMO *plus* des Stadtjugendrings Esslingen wird vom 1. April 2021 befristet bis 31. März 2024 mit jährlich 73.000 Euro gefördert.

7.3 Die Verwaltung wird beauftragt, das Inklusionskonzept wissenschaftlich begleiten zu lassen. Geeignete Fördermittel sind zu beantragen.

## 8. Ehe-, Familien- und Lebensberatung durch die Beratungsstelle PRO FAMILIA - Erhöhung des Zuschusses

Der Sozialausschuss fasst folgende Beschlüsse (21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung):

8.1 Der Sozialausschuss stimmt der Anpassung des Zuschusses für die Ehe-, Familien- und Lebensberatung durch die Beratungsstelle PRO FAMILIA um 2.000 Euro von 11.500 Euro auf 13.500 Euro p.a. ab 2020 zu.

8.2 Der Erhöhungsbetrag von 2.000 Euro wird in das Änderungsverzeichnis zum Haushaltsplanentwurf 2021 aufgenommen.

**9. Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste**
**- Erhöhung Landes- und Landkreiszuschuss**

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht und die künftige Finanzierung zur Kenntnis.

**10. Angemessene Kosten der Unterkunft (KdU) nach SGB II und SGB XII**
**Fraktionsübergreifender Antrag von Bündnis 90 Die Grünen, SPD und Die Linke vom 15.10.2020**

Dem Antrag wird entsprochen (vgl. Beschluss bei Ziffer 6.4.2).

**11. Verschiedenes**
**- Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.11.2020: Überlegungen identifizieren und wirksam verhindern**

Der Vorsitzende informiert, dass die SPD-Fraktion am 17.11.2020 eine Anfrage zum Thema Überbelegungen identifizieren und wirksam verhindern gestellt hat. Die Anfrage sowie die entsprechende Stellungnahme der Verwaltung werden dem Kurzprotokoll beigefügt (vergleiche Anlage).

gez.
Heinz Eininger
Landrat